

# Sächsisch-Deutsche Volkszeitung

Erste Ausgabe täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis 10 Pf. (ohne Postgebühren). Für Colportage 15 Pf. (ohne Postgebühren). Druckerei: Sächsische Buchdruckerei, Dresden, Wilsdruffer Str. 43. — Verleger: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Wilsdruffer Str. 43. — Abonnement-Preis: 11-12 Mkr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Quotum werden die 60 Pf. Beilagen ab. deren Raum mit 15 Pf. bezogen mit 50 Pf. die Stelle bezogen. 5. Wiederb. bezogen. Rabat. Wilsdruffer Str. 43. — Verleger: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Wilsdruffer Str. 43. — Abonnement-Preis: 11-12 Mkr.

## Die Wählerlisten liegen aus!

Nicht genug kann darauf hingewiesen werden, daß es die Pflicht eines jeden Wählers ist, sich rechtzeitig die Wählerlisten anzusehen, in denen die zum Wählen Berechtigten nach Name und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Ist ein Wahlberechtigter nicht ordnungsgemäß in die Wählerliste aufgenommen, so kann er binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat,

### Einspruch erheben.

Dieser Einspruch ist binnen acht Tagen nach dem Beginn der Auslegung der Listen, also spätestens bis einschließlich Freitag, den 4. Januar, schriftlich bei dem Rate der Stadt oder auch mündlich im Wahlamt vorzubringen. Bei der Einlegung des Einspruches sind die Beweismittel für die Unrichtigkeit der Eintragung beizubringen.

### Wahlberechtigt

Ist jeder Deutsche, der das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat, und zwar in dem Bundesstaate, in dem er seinen Wohnsitz hat. Ausgeschlossen sind Personen, die unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, solche, über deren Vermögen Konkurs- oder Zahlungsunfähigkeit eröffnet worden ist, ferner solche, die eine Armentretung aus öffentlichen oder Gemeindefonds beziehen oder im letzten, der Wahl vorhergehenden Jahre bezogen haben, endlich solche Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenüß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist. Weiter ist vor allem zu beachten, daß, wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirk ausüben will, in diesem Bezirk, oder, im Falle eine Gemeinde in mehrere Wahlbezirke eingeteilt ist, in einem der Wahlbezirke zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz haben muß. Jeder darf nur an einem Orte wählen.

### Die Ehrenpflicht eines jeden Wähler

Ist es, schon jetzt durch Einsicht in die Wählerlisten dafür zu sorgen, daß ihm am Wahltag die Abgabe seiner Stimme gesichert ist. Die Kürze der Zeit, die diesmal zur Fertigstellung der Listen verlag, wird gewiß zur Folge gehabt haben, daß die Listen manche Unrichtigkeiten enthalten und auch manche Lücken aufweisen. Wer aber jetzt nicht richtig in die Listen eingetragen ist, der darf, falls er nicht rechtzeitig für die Perichtigung der Listen sorgt, am Tage der Wahl seine Stimme nicht abgeben. Die Wahlen bedeuten diesmal viel für die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes. Wähler in Dresden, welche aus Zeitmangel die Wählerlisten nicht einsehen können, bitten wir, ihre Adresse sofort im Wahlbureau des Zentrumswahlvereins, Wilsdruffer Str. 43, anzugeben. Wir werden durch unsere Vertrauensleute die Listen einsehen lassen.

## Die Nebenregierung des Zentrums in ihrer wahren Beleuchtung.

Wenn man jetzt die katholischen Zeitungen aller Welt durchläuft, so bekommt man das Gefühl, daß die ganze Presse gegen das Zentrum losgegangen ist. Die vergifteten Pfeile der Lüge und Verleumdung schwirren nur so durch den Wälderwald. Jeder Klatsch ist gerade gut genug, um das Zentrum in Mißkredit zu bringen. So mußte sogar die elende Lüge, daß der edle Papst Leo XIII. den Kaiser um eine halbe Million angebettelt habe, herhalten. Aus den vielen ausgebreiteten Lügen und Verleumdungen wollen wir besonders zwei hervorheben, weil sie die Gegenparteien des Zentrums zu ihren Kampfschritten erfordern haben. Wir meinen die Beschuldigungen, daß erstens das Zentrum in die Skandalangelegenheit des Kaisers eingegriffen und diese zu beschränken gesucht habe, und daß zweitens die Nebenregierung des Zentrums mit der Zeit unerträglich geworden sei. Ueber die erstere Verleumdung können wir ruhig hinweggehen, denn sie ist durch keine Tatsache begründet und auch zu erbärmlich, als daß sie eine besondere Würdigung verdiene.

Wir kommen zur Beschildigung der Nebenregierung. Worin hat denn diese eigentlich bestanden? Hierauf hat noch keine Zeitung eine genügende Aufklärung gegeben. Die Nebenregierung hat bestanden, sie war unerträglich. Diese Unersätlichkeit genügt einem Durchschnitts-Liberalen. Was bedarf es noch eines Beweises? Wenn jemand regieren will, muß er sich in einer einflussreichen Stellung befinden, in der er die Macht hat, zu regieren. Wo haben Zentrumsmänner solche Stellen inne? Man zeige sie uns. Außer in Bayern wird man in keinem Lande Deutschlands in maßgebenden Stellen Katholiken finden, und auch in dem überwiegend katholischen Lande Bayern mit einer katholischen Dynastie sind sämtliche Minister jahrelang Protestanten gewesen.

Von dem Kaiserlande Baden mit seiner starken katholischen Bevölkerung wollen wir ganz schweigen. Dort sind nicht allein alle Minister und höheren Beamten Protestanten, sondern nach allem Anschein ist dort die Zeit nicht mehr fern, wo ein Sozialdemokrat in ein Ministerkabinet seinen Einzug halten wird. Der Abgeordnete Red, der sozialdemokratische Hofmann, hat die meiste Anwartschaft darauf. Daß in den überwiegend protestantischen Ländern keine Katholiken in einflussreichen Stellen sitzen, ist selbstverständlich. — Man zeige uns aber in dem Königreich Preußen mit seiner starken katholischen Bevölkerung einen einzigen Katholiken in einflussreicher Stellung! Der Tauf-

schein macht noch keinen wahren Katholiken, denn sonst müßten die Katholiken so stolz sein, daß der dritte Reichskanzler ein Glaubensgenosse gewesen sei. Was der Fürst Hohenzollern für ein treuer Sohn seiner Kirche gewesen ist, hat er zur Genüge während seiner Tätigkeit in Bayern zur Zeit des Kulturkampfes, auch während seiner Reichskanzlerschaft bewiesen. Auch die ganz protestantische Stadt Berlin hat einmal einen Ramentkatholiken zum Oberbürgermeister gehabt; er wurde, so viel wir wissen, schließlich protestantisch beerdigt.

Also durch Personen in einflussreichen Stellen hat das Zentrum eine Nebenregierung nicht ausüben können. Die Macht hierzu wäre ihm also lediglich nur in seiner parlamentarischen Tätigkeit geboten gewesen, wodurch die Partei den Reichskanzler und die Reichsregierung durch ihr parlamentarisches Übergewicht zur Herausgabe von Gesetzen und Verordnungen gezwungen hätte. Unter der Mithilfe des Zentrums sind allerdings viele Gesetze geschaffen, man nenne uns jedoch ein einziges, das für das deutsche Volk verderblich und schmerzhaft ist. Singen können wir viele Gesetze nennen, die unter der früheren liberalen Herrschaft geschaffen worden sind und die zum Verderben eines großen Teiles des deutschen Volkes gereicht haben. Wir erinnern nur an die schrankenlose Gewerbebefreiung, von den abscheulichen Kulturkampfgesetzen wollen wir ganz schweigen. Also mit der verderblichen Nebenregierung des Zentrums, wenn wir keine parlamentarische eine solche nennen wollen, ist es rein nichts und läuft auf eine Verleumdung der Gegner hinaus.

Es bleibt also nur noch übrig, daß die Zentrumsabgeordneten außerhalb des Parlamentes auf den Reichskanzler und die übrigen maßgebenden Persönlichkeiten einen persönlichen verderblichen Eindruck ausgeübt hätten. Sehen denn die Gegner des Zentrums gar nicht ein, daß sie dem Reichskanzler und seinen Mitarbeitern einen großen Schimpf zufügen? Der Reichskanzler hat selbst erklärt, daß er sich nie habe schmeicheln lassen, d. h. daß er äußeren Einflüssen, woher sie auch kommen mögen, nie zugänglich ist. Haben die Abgeordneten Dr. Koerner und Erzberger ungebührliche Forderungen an den Reichskanzler oder an den Kolonialdirektor gestellt, dann war es Sache dieser Herren, das Ansinnen der Zentrumsleute gebührend zurückzuweisen und nicht an sie noch verbindliche Briefe zu schreiben.

Also die Behauptung, das Zentrum habe eine Nebenregierung getrieben, ist geradezu eine Lächerlichkeit. Es ist bedauerlich, daß die Regierung und die konservative Partei in den Ruf: „Man krenze das Zentrum, man gebe den Parabol der Sozialdemokratie frei“ durch ihre Presseorgane einstimmten.

Man spricht immer von deutscher Wahrheitsliebe. Warum will die Reichsregierung die wahren Gründe der Reichstagsauflösung dem Volke nicht bekannt geben? Wegen einer Sache, wie die Sühne für die Kolonialskandale und der Verweigerung von rund 9 Millionen macht man nicht dieses gefährliche Experiment. Der wahre Grund der Reichstagsauflösung ist folgender: Die Uebermacht des Zentrums, gewählt von der katholischen Bevölkerung, die die Minderheit in Deutschland darstellt, über die von der protestantischen Bevölkerungsmehrheit gewählten übrigen Parteien war mit der Zeit eben der protestantischen Bevölkerung unträglich geworden. Dazu kommt noch der besonders vom Evangelischen Bunde geübte Haß gegen alles, was katholisch heißt. Die Reichsregierung mußte diesem Drucke endlich nachgeben und fand in der Kolonialaffäre einen günstigen Vorwand. Lieber wäre es der Reichsregierung allerdings gewesen, wenn das Zentrum zu allen Forderungen Ja und Amen gesagt hätte. Dann wäre die Reichstagsauflösung überflüssig geworden und das Zentrum wäre bei den Wahlen 1908 von selbst verurteilt worden, denn es hätte bei seinen Wählern jeden Kredit verloren, weil die Katholiken eine Vertretung, die bei jedem Wind mit dem Januspfahl umfällt, nicht gebrauchen können.

Warum also dieses Hochfeldtreiben gegen das Zentrum mit Verleumdungen und Verdrehungen? Die Reichsregierung und die konservative Partei hätte ihren Zweck ebenso gut erreicht, wenn sie der Wahrheit die Ehre gegeben und zur Parole ihrer Wahlaufrufe gewählt hätten: Wir wollen keine Vorherrschaft der katholischen Minderheit über die protestantische Mehrheit dulden. Unseres Erachtens hätte diese Parole dieselbe Qukraft gehabt, wie die ich angewandten Stichwörter. Die Protestanten sind seit Jahrhunderten gewöhnt, dort, wo sie die Mehrheit besitzen, die Katholiken als minderwertig zu betrachten. Darin hat die Verfassung mit ihrem Gleichberechtigungsparagraphen nichts zu ändern vermocht. Wir glauben gern, daß die Regierung einem Kulturkampf abhold ist, sie wird ihn jedoch nicht verhindern können, sobald der liberale Block in den Reichstag eingezogen sein wird, zumal bei der jetzt herrschenden konfessionellen Verbitterung die konservative Partei, die sich jetzt als eine spezifisch protestantische zu erkennen gibt, zur Verhinderung des Kulturkampfes keinen Finger rühren wird.

Wir Katholiken dürfen uns also keiner Täuschung hingeben. Nehmt das Zentrum nicht in seiner alten Stärke in den Reichstag ein, bekommt der liberale Block mit den Konservativen die Mehrheit, dann gehen die Katholiken schlimmen Zeiten entgegen. Verfehrt man jetzt in protestantischen Kreisen, auch solchen, die sich zu den gebildeten zählen, da

bekommt man Antworten über das Zentrum und die Katholiken zu hören, die einen in Erstaunen setzen. Man kennt dort keine Zentrumsparthei mehr, sondern nur noch „die schwarze Bande“.

Darum, ihr Katholiken, am 25. Januar auf zur Wahlurne! Kein katholischer Mann, der ein treuer Sohn der Kirche sein will, darf an diesem Tage an der Wahlurne fehlen. Am 25. Januar wird es sich zeigen, wieviel wahre Katholiken es in Deutschland gibt. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß das Zentrum für die Selbständigkeit der katholischen Kirche in Deutschland und zum Wohle des deutschen Volkes Trumpf bleibt.

## Politische Rundschau.

Dresden, den 28. Dezember 1906.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Fürstbischof Kopp begehrt heute die 25. Wiederkehr des Tages, an dem er im Dom zu Fulda die Weihe als Bischof empfing. Als hingebungsvoller Diener seiner Kirche und treuer Patriot hat Kopp segensreich und vorbildlich gewirkt und in reichem Maße die Anerkennung weilsand Kaiser Wilhelm des Großen und des regierenden Kaisers und Königs wie des Oberhauptes der katholischen Kirche erworben. Den zahlreichen Glückwünschen, die dem Jubilar am heutigen Tage dargebracht werden, schließen wir uns mit dem Wunsche und mit der Hoffnung an, daß der Fürstbischof noch lange Jahre seines hohen Amtes voller Kraft und Frische des Geistes wie des Körpers walten möge. Das Blatt fügt eine Schilderung des Lebenslaufes von Kopp an, hebt sein Wirken für die Herstellung der Beziehungen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche, seinen Anteil an den Verhandlungen zur Beseitigung der Folgen des Kulturkampfes, sowie die Schaffung der entsprechenden Gesetze hervor.

Herr v. Dernburg. Dem Kolonialdirektor Dernburg ist der Adel verliehen worden — einstweilen allerdings erst vom Adreßbuch. Im zweiten Teil des Adreßbuches für 1907 findet sich auf Seite 8 unter „Kolonialabteilung“ folgender Vermerk: „Bernhard v. Dernburg, Erz., Witt., Geheimrat, mit der Betr. d. Direktors beauftr.“ Das „Berl. Tagebl.“, dessen Redakteur der Vater Dernburgs ist, bemerkt hierzu: „Wenn die Günst, deren Herr Dernburg sich in allerhöchsten Kreisen zu erfreuen scheint, anhält, so kann der seltsame Irrtum des Adreßbuches doch eines Tages zur Wahrheit werden. Geadelt wird in Preußen schnell. Nun will Herr Dernburg auch eine neue Zitze in den Wahlkampf einführen. Der Vorstand des deutschen Handelstages hat den stellvertretenden Kolonialdirektor eingeladen, vor den Mitgliedern des Handelstages und den Berliner Kaufleuten und Industriellen über den gegenwärtigen Stand der Kolonialverwaltung und über kolonialpolitisch zu sprechen, und Herr Dernburg hat diese Einladung angenommen. Die Versammlung, zu welcher der deutsche Handelstag Einladungen versenden wird, soll am 11. Januar stattfinden; ob in der Börse oder in einem anderen Saale ist noch nicht bestimmt. In dem Rundschreiben, das der Vorstand des deutschen Handelstages versendet, wird auf das große Interesse verwiesen, das gegenwärtig für koloniale Fragen besteht. Öffentlich macht Herr Dernburg der Börse eine andere Bilanz auf, als die im Reichstage.

Der „König von Gotha“ und der Regent von Gotha. Für das Herzogtum Gotha wird der frühere Regent des Herzogtums, Erbprinz Ernst v. Hohenzollern-Konigsberg, als Reichstagskandidat sämtlicher bürgerlicher Parteien angefeindet werden, falls die im Gothaer Reichsverein organisierte freisinnige Volkspartei der Kandidatur zustimmt. Seit 1893 vertrat der Sozialdemokrat Vogt in Gotha das Herzogtum im Reichstage; in den Genossenschaftskreisen heißt er ob seines Einflusses scherzhaft der „König von Gotha“; jetzt kann es so interessant werden, wenn der „König“ und der frühere Regent miteinander um den Sieg streiten.

Die Einigung unter den Nationalliberalen hat in Plauen bereits zu einem Duell zwischen dem Vorsitzenden des alldeutschen Verbandes und dem Redakteur eines liberalen Blattes geführt; Wahlzettel sind also die neueste Erfindung.

Der seitherige Zentrumsabgeordnete Pfarrer Schuler in Astein, der den dritten Wahlkreis Waldschut seit 1890 im Reichstage vertreten hat, ist am 27. d. M. infolge eines Schlaganfalles gestorben.

Der Liberalismus ist zum großen Teil eine Wirkung des vom freidenkerischen Neujudentum, Freimaurertum und Freidenkertum ins Volk getragenen Ferkelungsmerkens, das auf Religion, Politik und Recht, Presse und Literatur, Kunst und Sitten im antichristlichen Sinne einwirkt. Unser Volkleben ist stark durchseufert von diesen Einflüssen; überall ist das mit Händen zu greifen. Bei der Presse tritt diese Erscheinung täglich am kräftigsten in die Erscheinung, und wo diese Art von Journalistik im Volke ihre Wirkung tut, da hält kein christlicher Nagel mehr. Auch jetzt rücken sich diese Elemente wieder, um mit der Verleumdung des Zentrums zugleich einen Dieb gegen die christlichen Ideen und Institutionen zu führen, die sie mit ihrem allseitigen Haße verfolgen. Es richten diese miserablen Wählkräfte vor allem ihr Ziel auf die Zerlegung und Untergrabung des Christentums aus dem einfachen Grunde, weil sie nur dann herrschen können, wenn das Volk durch und durch vom religiösen Zweifel, von kalter religiöser Indifferenz angegriffen ist und es ein leuchtbares Werkzeug in der Hand seiner Verführer wird. Bei der weiteren Jugend